

Presseinformation

Potsdam, 28. Mai 2008

Zur parlamentarischen Kontroverse um Volksinitiativen und die Zukunft der Braunkohle-Verstromung **erklärt die Vorsitzende der Links-Fraktion im Landtag Brandenburg, Kerstin Kaiser:**

Energiedialog aller Beteiligten beginnen - parteilpolitischen Schlagabtausch vermeiden

Die energiepolitische Konfliktlage im Land ist übersichtlich: Auf der einen Seite die Landesregierung und die Koalition mit ihrer Energiestrategie zur Weiterführung der Braunkohleverstromung unter der Bedingung funktionierender CO₂-Abscheidung, dazu Vattenfall als ein strukturbestimmendes Unternehmen, ein ökonomisch, sozial und kulturell wichtiger Faktor im Landessüden - sekundiert durch die IG BCE. Auf der anderen Seite die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue“ und eine Bevölkerungsmehrheit, die für die mittelfristige Ablösung der Kohle durch alternative Energien eintritt.

Der politische Konflikt überlagert viele nach wie vor ungeklärte Fragen - von der Endlagerung des Kohlendioxids bis hin zur Entwicklung der Strompreise nach der Verteuerung der Verschmutzungsrechte.

Die energiepolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre werden auch in Brandenburg gewaltig und ohne einen neuen gesellschaftlichen Konsens - vor Ort und im Land - nicht zu lösen sein. Die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue“ suchte deswegen und sucht das Gespräch mit der Landesregierung - bislang leider ohne Ergebnis.

Unser Land aber braucht einen **brandenburgischen Energiedialog** - ernsthaft und offen. Dies wäre der geeignete Rahmen dafür, für die eigene Position zu werben und zugleich Kompromißlinien zu finden. Jetzt ist das Fenster für diesen Dialog offen. Wird *jetzt* nicht gesprochen, kann es sich auch wieder schließen. Diese Blockade aber kann niemand wollen. Nötig ist ein Aufbruch.

DIE LINKE Fraktion
im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam
Pressesprecherin:
Alexa Lamberz
Telefon: 03 31 / 9 66 15 37
Telefax: 03 31 / 9 66 15 40
E-Mail: pressestelle@
dielinke-fraktion.brandenburg.de